

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Potemkinsche Dörfer.

Morgen beginnt im Abgeordnetenhaus die zweite Lesung der Bergarbeitergesetzgebung. Unter diesen Umständen dürfen nachstehenden Mitteilungen aus dem Abgeordnetenhaus die volle Wichtigkeit der Kommissionsarbeiten auf besonders Interesse rechnen. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. v. Bötticher hat die Kommission am 14. d. M. eine Sitzung abgehalten, in der die Beschlüsse der Bergarbeitergesetzgebung, besonders zum Landtage, zu fassen. Wenn schon im Laufe der Verhandlungen sich gezeigt hat, daß es sich um ein sehr wichtiges Gesetz handelt, so wird die Kommission aus demselben Grund die Beschlüsse auf den Landtag zu verschieben. In demselben Sinne wird die Kommission auch die Beschlüsse über die Beschlüsse der Bergarbeitergesetzgebung, besonders zum Landtage, zu fassen. Wenn schon im Laufe der Verhandlungen sich gezeigt hat, daß es sich um ein sehr wichtiges Gesetz handelt, so wird die Kommission aus demselben Grund die Beschlüsse auf den Landtag zu verschieben.

Jahre 1900 waren es nur 54. Diese beträchtliche Erhöhung der Kraftleistung kann nun nicht etwa aus der Steigerung der Leistungsfähigkeit des Knappschaftsvereins erklärt werden, denn in den drei in Betracht kommenden Jahren hat die Leistungsfähigkeit der Knappschaft eine so erhebliche Erhöhung nicht erfahren.

Man weiß danach ungefähr, was man von dieser Leistungsfähigkeit zu halten hat und wird auch etwaige Verbesserungen auf die glänzenden Zustände im Knappschaft richtig einschätzen können. Dabei wird man nicht einmal den Eindruck los, daß die Kommissionenmitglieder die Potemkinschen Dörfer der Bergwerke nicht unwillkommen waren. Sie wollten glänzende Verhältnisse sehen, und man tat ihnen ihren Willen. Es ist trübselig!

* Zwischen dem Rektor und der Studentenschaft der Charlottenburger Hochschule ist nun der Friede geschlossen worden. Ein Aufschlag am schwarzen Brett der Hochschule befragt:

Rektor und Senat einerseits, die Studentenschaft der Königlich Charlottenburger Hochschule andererseits erklären hiermit im Interesse der Beschleunigung des akademischen Geschäftes und der geordneten Weiterentwicklung der Ziele des Unterrichts und des Studiums, daß bei den bisherigen Vorgängen von keiner Seite eine Verletzung beachtet worden ist, und daß Änderungen, welche von der anderen Seite als Beeinträchtigung empfunden worden sind, hiermit ausdrücklich abgelehnt zu werden angenommen werden.

Charlottenburg, den 16. Mai 1905.
Rektor und Senat. Die Studentenschaft der Königlich Charlottenburger Hochschule zu Berlin.

Ein zweiter Aufschlag lautet:
Die Studierenden der Königlich Charlottenburger Hochschule werden zu einer allgemeinen Studentenversammlung am Samstag eingeladen. Tagesordnung: Wahl von Vertretern. Der Rektor.

Die Charlottenburger Studentenschaft darf sich dieses Erfolges umso mehr freuen, als er nicht bloß dem Rektor, sondern auch der Aufsichtsbehörde gegenüber erforderlich war. Der Friede wird nun zu dauerhafter sein, je weniger sich in Zukunft die Schmachtheile des Kalkulationsverfahrens in die Beziehungen zwischen Professoren und Studenten einmischen.

* Herr Bueck hat kürzlich auf der Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller seine Hände in Unschuld gewaschen. Er selbst und der Centralverband sind nicht schuld daran, daß die Handelsverträge so ungünstig ausgefallen sind. So sagt Herr Bueck selbst, er wird aber außerhalb des Centralverbandes mit seinen Beziehungen auf unüberwindlichen Angeln stehen. Herr Bueck betonte wiederholt, daß der Centralverband stets die Berücksichtigung des Gemeinwohles als oberstes Gesetz, als Grenze des Zulässigen vorangestellt hätte. Deshalb erklärte er, nachdem in den Caprivischen Handelsverträgen, ohne daß der Centralverein dagegen opponiert hätte, die Getreidezölle auf 350 Mark herabgesetzt worden waren, diese Herabsetzung für einen großen Fehler, deshalb war er mit einem höheren Satze der Landwirtschaft einverstanden, deshalb sprach sich der Centralverband für die Einführung der Minimumzölle für Getreide aus. Nach dem Centralverband erreicht das Gemeinwohl hiernach hohe Getreidezölle, die sogar in Gestalt von Minimumzöllen festgelegt werden müssen, damit die Regierung verhindert wird, in den Vertragsverhandlungen Konzessionen auf diesem Gebiete zu gewähren. Auch als die Agrarier den ununterbrochen fortwährenden Streit gegen die Industrie vorzuziehen beharrte, er auf seiner Forderung höherer Getreidezölle, das Gemeinwohl verlangte sie ja. Ebenjowenig machte ihn die schon lange vor der Beratung des neuen Zolltarifes hervortretende Handlung der Regierung stutzig, bei der Reingehaltung der handelspolitischen Verhältnisse in erster Linie die Landwirtschaft zu berücksichtigen. Er arbeitete

munter mit im wirtschaftlichen Ausschusse, er sprach sich für die Annahme des Zolltarifes aus, seine Mitglieder, die im Reichstage saßen, stimmten dafür, und in seiner Presse und seinen Veranlassungen wurden die Gegner der Handelspolitik der Regierung in derselben Weise angegriffen wie in der agrarischen Presse und in den agrarischen Veranlassungen. Jetzt will der Centralverband alles auf die Regierung übertragen. Die Regierung hat die Grenze überschritten, sie hat den „angehörigen“ agrarischen Interessen nicht allein die Interessen der Industrie, sondern die weiterer Volkseigenen geopfert. Also tragen nur die Agrarier und die Regierung die Schuld an den Folgen der handelspolitischen Aktion, die sich in der „Verteuerung des Verbrauchs“ zeigen. Sollten die vom Centralverband empfohlenen Minimumzölle, sollte der ganze neue Zolltarif, für dessen Annahme der Centralverband sich ins Zeug legte, nicht etwa auch eine Vertretung des Verbrauchers herbeiführen? Und konnte irgend ein vernünftiger Mensch glauben, daß die erhöhten Zölle auf landwirtschaftliche Produkte von denjenigen Vertragsstaaten, die auf den Abfall der Erzeugnisse ihrer Landwirtschaft in Deutschland das größte Gewicht legen müssen, durch den Abschluß neuer Verträge internationaler Art, die die deutsche Regierung weitgehende Zugeständnisse bei den Industriezöllen gemacht hat, Agrarier haben keinen Augenblick daran gewagt, daß es nicht möglich sein würde; sie wollen die Industrie die Kosten bezahlen lassen. Der Centralverband deutscher Industrieller dagegen hat es geglaubt und ist hinterher entsetzt darüber, daß die Sache nicht so verlaufen ist, wie es sich abgespielt hatte. Daß er es nicht anerkennen will und die Schuld der Regierung zuschieben sucht, ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir die ungünstigen Folgen der neuen Handelspolitik zum großen Teil dem kurzlichlichen Verhalten der im Centralverbande deutscher Industrieller organisierten Schutzhalter verdanken. Von dieser Schuld können sie sich nicht befreien, wenn sie auch noch so viel von ihren Bestreben reden, nur dem Gemeinwohl zu dienen.

* In den schon angeführten Differenzen im bayerischen Ministerium über die neue Wahlkreisverteilung geht uns folgendes Privat-Telegramm aus München zu: Wie ich erfahren, setzen sich in der parlamentarischen Frage der Wahlkreisverteilung die Minister in folgender Stimmung gegenüber: Auf der einen Seite stehen v. Podewitz, Böhmer und Wittner, auf der anderen Seite Feilich, Pfaff und Frauenborfer; Horn ist neutral. Eine Einigung erscheint schwierig. Es wäre für das Schwarzrote Kartell in Bayern ein harter Schlag, wenn es ohne die Unterstützung der Regierung in den Wahlkampf ziehen müßte.

* Der Antrag des Hamburger Senats auf Änderung der Hamburger Bürgergeschäftsverhältnisse, der im wesentlichen auf die Einführung des Dreiklassenwahlrechts hinausläuft, hat in Hamburg geradezu verflucht. Aus Hamburg wird uns dazu in Ergänzung unseres Artikels in der Montagabendausgabe geschrieben:

„Die Absicht des Senats ist klar: Er fördert ein so starkes Vorbringen der Sozialdemokratie. In den letzten Jahren hat die Wahl der Einwohner, welche 1000 Mark verlieren und deshalb Bürger werden können, ganz erheblich zugenommen. Das liegt aber nach der Ansicht des Senats nicht an der Besserung der Lebensverhältnisse, sondern an einer erhöhten Selbstverschonung, um in den Besitz des Bürgerrechts zu gelangen. Die Wirkung dieser Zunahme der 1000 Mark-Bürger ist, um die Hälfte am Ende des Jahres 1904 40,72 Prozent aller Bürger unselbständige Leute waren. Diese unselbständigen Leute sind in den Augen des Senats aber alle Sozialdemokraten, weil die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den letzten Bürgerwahlen mit diesem Prozentsatz sich ungefähr deckte. Der Senat fürchtet nun, daß unter diesen Umständen die aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Mitglieder der Bürgererschaft bald nur noch Sozialdemokraten sein würden, und daß diese dann auch in die Reihen

Die Schuster von Raunds.

(Von unserem Korrespondenten.)
London, Mitte Mai.
Der Mut der Verleugung haben die Schuster immer bei sich. Der heilige Crispinus, der Schutzpatron der Schuster, hat sie in den Tod gegangen und hat den Rest mit gelbemem Blut und alle die Qualen des Hades mit gelbemem Blut nicht geliebt. Aber auch bei Verbindungen der Schuster niemals lange die Rolle ergebungsvoller gespielt, und die „Mallotins“, die unter Karl II. von Frankreich während seiner Minderjährigkeit die sie bis auf ausnahmsweisen Steuerernehmer erachteten, wurden von einem Schuster durch finanzielle Reden angetan. Wenn man der Reihe der großen Männer, die aus ihrem hervorragen, sind. Bis dahin erachteten wollten, nach man mehr Raum dafür als den, den in Berlin die reifenweise errichtete Standbilder einnehmen. Ganz das berühmte Bündelmann, der der Gründer der Duxer-John Brandt, ein Mitglied der Oxford-Universität und maliger gelehrter Sekretär der archaischen Gesellschaft, der Vater der modernen Botanik, sind Schuster gewesen. Die letzte befindet sich der Universität Lyale noch seine zu dem, daß er seinen Kommilitonen die Schube stiftete. Französischen Schustern hat es einer sogar bis zum Papst gebracht. Urban IV. hieß, als er noch Abt und Anierener war, Jacques Pantaleon; der Dichter Jean Baptiste Poquelin hat den Dreifuß gedacht. Freilich schämte er sich später in seiner mahligen Stille. Ein Schuster aus dem Mittelalter, ein gelehrter Hans, hat aber das Schicksal der Alten eine Erklärung geschrieben, die in keiner anderen Hinsicht fehlt. Ja könnte die Reihe der nicht gewordenen Schuster noch um ein erhebliches vergrößert, aber es genügt, diese Abreihe unserer Schuster haben, um zu begreifen, daß sie in dem Maße auf diese großen Vorfahren, sobald sie glauben, daß ihnen Unrecht

und Vergewaltigung widerfährt, zwar nicht zum Hammer (mallet) und zum Totschläger greifen, aber doch nicht viel Geduldslos machen und ungeniert an die Tür klopfen, hinter der sie die Leute zu treffen hoffen, von denen sie ihr Recht erwarten.

In Northamptonshire foriert das Gewerbe des heiligen Crispinus. Eines der Hauptzentren der Fabrikation für mit der Hand genähtes Schuhwerk ist Raunds. Es scheint, daß Raunds hauptsächlich für die Armeeschuster arbeitet, und daß diese die armen Schuster aufkaufen, denen es nicht wie dem heiligen Crispinus gefaltet ist, das Leder in Interesse weder der Armeen noch der Arme zu stehen. Das Kriegsamt hatte vor kurzem eine Lieferung ausgeschrieben, und zwei Firmen lieferten sich diese zu 1/2 Mark das Paar. Die Arbeiter entließen. Hierdurch wurden in dem kleinen Flecken ungefähr 400 Arbeiter, meist mit Familie, drocklos. Diese Leute behaupten, durch Verabgabe der Arbeit zu so billigen Preisen wie die sogenannte „fair wage“-Klaufe, das heißt eine Bestimmung verleiht, wonach die Regierung kein Arbeitsangebot unter den Durchschnittslöhnen annehmen darf; das Minimum für die Herstellung eines Paares Schuhe betrage 3,50 Mark, also eine Mark mehr als das Angebot.

Diese in Regierungskontakten vorgesehene Klaufe bot für die arbeitlosen Schuster die erwünschte Gelegenheit, um direkt mit dem Kriegsamt respektive Herrn Arnold Forster, dem Verwalter des Kriegsamtes anzuhängen. Es wurde beschlossen, in hellein kaufen nach London zu wandern und dem Kriegsminister in Kensington auf die Hände zu rücken; falls sie dort aber nicht angenommen würden, vor das Parlament zu marschieren. Es schriebte den braven Leuten offenbar der March des Zieglers Mat Zylers vor, der die durch Streikverbindung zur Verzeiwung gebrachten Mannen aus Kent nach London führte, um König Richard II. wegen Verarmung des Landes zur Rechenhaftigkeit zu ziehen. Die Mannen von Raunds hatten auch ihren Mat

Zyler in der Person ihres Gemeindevorstands Griddle; aber dieser, ein früherer Soldat, wie es übrigens Zylers auch gewesen war, wollte von einem Massenauszug nichts wissen und wollte nur Leute mitnehmen, die fröhlich genug waren, den Marsch mitzumachen, dabei munterlich auszugehen und auch etwas Unselbständiges anzuziehen hatten. Gegen die letzte Maßregel erhoben sich Bedenken. Man hoffte offenbar in Lumpen gekleidet mehr Eindruck zu machen. Aber „General Griddle“ blieb unerbittlich. Die auserlesenen 100 Mann wurden in fünf „Regimenter“ à 20 Mann unter einem früheren eingeteilt, die die Leute vor Eintritt des Marches im Zeit und im Mundhalten zu ihnen, ihnen aberpaar einige Disziplin beibringen sollten, was nicht ganz leicht gewesen sein soll. Die Leute nahmen zwar eine Mustbande und einen Gefangenen in einem Wagen mit, der gleichzeitig zur Aufnahme etwaiger Fußstarker dienen sollte, aber keinen Proviant. Hierfür verließen sie sich auf den guten Willen der Ortschafften, die sie berührten. In diesem hatten sie sich nicht getäuscht. Allerdings wurde die „Armee des General Griddle“ geliebt, getrieben und untergebracht. So konnte sie ihren Einzug in London halten, wo sie die Gewerksvereine empfangen und die Sorge für sie übernehmen. Die Schuster hatten die sechzehn deutschen Meilen auf ihren berühmten Knappen in fünf Tagen zurückgelegt und scheinen nicht einmal den einbeinigen Mann mit der Krücke verloren zu haben, der als Obermärtner auf allen Aufnahmen der „Armee auf dem March“ paradiert.

Schon in dem letzten Abendpost von London erhielten die Schuster von Raunds von dem Sekretär des Kriegsamtes die Mitteilung, daß er sie nicht empfangen, aber eine unabhängige Persönlichkeit nach Raunds schicken würde, um ihre Klagen zu untersuchen. Die Schuster beschlossen danach aus ihrer Enttäuschung heraus, Dr. Arnold Forster im Parlament unter allen Umständen aufzu-warten und ihn dort den Standpunkt klarzumachen. Aber guter Rat kommt über Nacht. In London angekommen,